

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Eiepsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker

Lobeck's.

Marke: Dreiring

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

per Tafel 50 ¢

Anzeigen-Tarif.
Kaufmannschaftliche Anzeigen bis 100 W.
sonstige Anzeigen bis 100 W.
Kaufmannschaftliche Anzeigen bis 100 W.
sonstige Anzeigen bis 100 W.

Begrüßung
Der Dresdner Nachrichten
für die 50-jährige
Jubiläumsgedächtnisfeier
am 11. Februar 1912.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 = 2096 + 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Waisenhausstr. 38/40.

Glaswaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl

Wilh. Rühl & Sohn, Inh. Richard Rühl, Königl. Nisch. Hoflieferant.
Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18.

Bräutleute kaufen am vorteilhaftesten in der

"Raumkunst"

Dresden-A., Viktoriastraße 5/7.

Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungseinrichtungen. Erstklassiges, eigenes Fabrikat. Neuester Schläger: Prädestoffmöbel (D. R.-P.). Eleganz - Praktisch - Billig.

Techn. Gummiwaren

für alle Arten Betriebe.

Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.

Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik
Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telefon 255.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche, Uniformtuche** für Königlich-nächsische Staatsforstbeamte in echter Farbe.

Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19/21 (Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Nutmahlliche Bitterung: Südwinde, mild, trocken.
Mit dem 1. April d. J. wird eine ständige Fliegerkule bei der Luftschiffhalle in Göttha ins Leben treten.
Der Erste Lord der englischen Admiralität Churchill hielt auf einem Frühstück in Glasgow eine längere Rede, in der er sich ausführlich über Englands und Deutschlands Flotte aussprach.
Der französische Senat nahm das deutsch-französische Abkommen mit 222 Stimmen an.
In mehreren Krisen des Streitgebiets in Belgien kam es zu schweren Plünderungen, so daß Militär entlassen werden mußte.
In Polisch-Ostrow ist durch eine Dynamitexplosion ein Haus und eine Arbeiterbaracke in die Luft geflogen. Mehrere Arbeiter wurden verletzt.

Alt- und Jungliberalismus.

Die symptomatische Bedeutung der Wahl des Reichstagspräsidenten, die auch durch den Verzicht des Abgeordneten Dr. Spahn nicht erschüttert wird, tritt scharf umrissen in nachstehender Erklärung in die Erscheinung, die der Geheimrat von Büttinger, Mitglied des preussischen Herrenhauses, aus Elberfeld durch den offiziellen Druck verbreitet: „Nachdem, wie ich schon aus Berlin höre, eine große Zahl nationalliberaler Mitglieder bei der Reichstagspräsidentenwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten geschimmt hat, bin ich genötigt, aus der nationalliberalen Partei auszutreten.“ Man sage nicht, daß es sich hier nur um das Vorgehen einer einzelnen Persönlichkeit handelt, dem keine weitergehende Bedeutung beizumessen sei. Das Gegenteil ist richtig. Es ist offenes Geheimnis, daß die Gegenläufe innerhalb der nationalliberalen Partei, die in der verschiedenen Auffassung über die gegenüber dem „Recht nach links“ einzunehmende Haltung wurzeln, sich bereits zu einer kritischen Höhe angehoben haben, und daß die ganze Lage nach einer klaren Entscheidung drängt. Eine solche kann auf jeden Fall nur dazu beitragen, dem einseitigen Altliberalismus, der in Wahrheit auf den Rahmen Vennigens und Miquels wandelt, den Rücken zu härten und den zu einer ausgleichenden und einflussreichen gemäßigten liberalen Mittelpartei erforderlichen Stamm bestimmener liberaler Elemente in allem Wechsel der Tagesmeinungen unverfälscht zu erhalten. Es ist ganz undenkbar und widerspricht allen Regeln einer folgerichtigen Entwicklung, daß die gegenwärtigen Verhältnisse innerhalb des Nationalliberalismus sich endlos weiter in demselben Gleise langsam fortzuschleppen sollten, ohne daß es jemals zu einer reinlichen Scheidung käme. Die Trennung der jungliberalen Elemente, die in Richtung der geschichtlichen Entwicklung der nationalliberalen Partei diese auf den Weg eines sterblichen Radikalismus drängen wollen, von den einsichtigen Altliberalen, die nur in der strengen Wahrung der gemäßigten Traditionen des Liberalismus das Ziel erblicken, ist in Wirklichkeit nur noch eine Frage der Zeit, und zwar kurzer Zeit. Zusammen in Eintracht haften können die beiden durch so scharfe gegensätzliche Auffassungen geschiedenen Richtungen auf die Dauer keinesfalls. Jeder Radikalismus hat etwas Terroristisches an sich, das ihn dazu treibt, alles sich untertan zu machen und die Duldsamkeit gegenüber abweichenden Meinungen zu verleugnen. So denkt auch die jungliberale Richtung nicht daran, sich mit einer unter- oder nebensubordinierten Rolle in der nationalliberalen Partei zu begnügen, sondern sie acht ganz offenkundig darauf an, sich zum alleinigen Herrn der Situation zu machen und die alten erprobten Vertreter des gemäßigten Liberalismus zum alten Eisen zu werfen. Daß ein solcher Entwicklungsprozeß mit der Vernichtung des gemäßigten Liberalismus überhaupt gleichbedeutend wäre, daß lediglich die Sozialdemokratie und die extreme bürgerliche Linke davon Nutzen hätten, das kümmert die Herolde der jungliberalen Lehre wenig; sie sind zu sehr in radikalen Doktrinarismus befangen, um sich darüber Gedanken zu machen. Um so ernster aber beschäftigen sich mit diesem unvermeidlichen Endziel einer fortschreitenden Radikalisierung der nationalliberalen Partei die gewissenhaften Vertreter des gemäßigten Liberalismus, die sich das Bewußtsein der vollen Verantwortlichkeit gegenüber dem Vaterlande und der Monarchie bewahrt

haben. Aus ihren Kreisen ist denn auch die Opposition erwachsen, die sich gegen den steigenden jungliberalen Einfluß in der nationalliberalen Partei geltend macht, und die durch das Verhalten der jungliberalen Elemente bei der Reichstagspräsidentenwahl einen neuen, durch die eingangs erwähnte Austrittserklärung in bemerkenswerter Weise gekennzeichneten Anstoß erfahren hat.

Die jungliberale Richtung pflegt alle Auslassungen, die vom rechten Flügel der Partei stammen, entweder zu ignorieren oder die Organe, in denen sie sich finden, als unbedeutliche Quereier zu verächtigen. Demgegenüber ist es die unabwiesliche Pflicht einer wahrhaft nationalen von der hohen patriotischen Bedeutung einer gemäßigten liberalen Mittelpartei durchdrungenen Presse, gerade auf derartige Äußerungen rechtsnationalliberaler Blätter nachdrücklich hinzuweisen und ihnen die gebührende allgemeine Beachtung zu sichern. In den letzten Tagen sind namentlich zwei solcher Kundgebungen erschienen, die in eindringlicher Form die alte Bismarcksche Warnung an den Nationalliberalismus, „sich nicht vom Linken umgarnen zu lassen“, wiederholten. Die „Berl. Vörl.-Bl.“, ein Organ, an dessen gemäßigter liberaler Richtung nicht zu rütteln ist, schloß einen fulminanten Appell an das staatserbaltende Gewissen des Nationalliberalismus mit den von echter staatsmännischer Einsicht diktierten Worten: „Nur mit dem zweifelsohnen rücksichtslosen Bekenntnis: Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie!“ in die Gesamtpartei und ihre Zukunft zu stabilisieren.“ Und die „Südd. Nat.-Lib. Anz.“, deren gut rechtsnationalliberaler Charakter allen jungliberalen Auseinandersetzungen zum Trotz feststeht, schrieb unmittelbar vor der Wahl des Reichstagspräsidenten folgendes: „Wenn etwa, entsprechend der Idee von der großen Linken, Reigung besteht, die Sozialdemokratie an der Besetzung partizipieren zu lassen, so muß von vornherein gesagt werden: weite Kreise der Partei erblicken darin nicht mehr und nicht weniger, als die Übertragung des Großbunds auf das Reich. Der einzige richtige Grundgedanke, bei dem man sich bei der Besetzung des Präsidiums leiten lassen soll, ist der, daß in ihm die Arbeitsmehrheit zum Ausdruck kommen soll. Diese Arbeitsmehrheit aber kann keine Großblockmehrheit sein, sondern sie wird die Mehrheit des verflochtenen Reichstages sein: Konservative, Zentrum und Nationalliberale. Wird der Versuch gemacht, unter dem Eindruck der empfangenen sozialdemokratischen Wahlhilfe die „Unverlässlichkeit“ der nationalliberalen Fraktion für die Genossen nicht gegen sie zu beweisen, so sind die Folgen nicht abzusehen; denn das ist der Großbund. Der aber entleert die Partei endgültig ihres Charakters als Mittelpartei, der nimmt ihr im Reiche die Existenzberechtigung und die Existenzmöglichkeit; er drängt sie unbedingt zur Linken hinüber.“

Der Fall, den das genannte rechtsnationalliberale Organ so scharf kritisiert, ist leider bei der Reichstagspräsidentenwahl eingetreten, und dadurch ist wieder einmal bewiesen worden, wie sehr die radikalen Einflüsse in der nationalliberalen Reichstagsfraktion überwiegen. Demgegenüber ist es nunmehr die höchste Zeit, daß die besonnenen Kreise der nationalliberalen Partei den radikalen Fraktionsterrorismus entschlossen von sich abschütteln, und sei es selbst auf dem Wege einer förmlichen parteipolitischen Trennung. Wenn der richtige Augenblick zu einer solchen Sezession der rechtsstehenden wahrhaft gemäßigten liberalen Elemente verriemt wird, so besteht die Gefahr einer Massenflucht einzelner aus dem Parteiverbande, nach dem Vorgange des Herrn von Büttinger, wozu dann die völlige Auflösung der nationalliberalen Partei verbunden wäre. Eine solche der allgemeinen vaterländischen Wohlfahrt außerordentlich schädliche Entwicklung zu verhindern, muß jetzt die oberste Sorge aller berufenen, von dem Geiste besonnenerer Wählung beherrschten Führer der nationalliberalen Partei sein, und sie dürfen, wenn sie recht beraten sind, nicht zögern, zu diesem Zwecke auch das äußerste Mittel der parteipolitischen Absonderung vom Radikalismus in Anwendung zu bringen. Das Verschneiden des Tischs zwischen Alt- und Jungliberalismus würde auf parteipolitischem Gebiete wie eine Erlösung wirken, die gesamte innerpolitische Lage in höchst erwünschter Weise klären und dem gemäßigten Liberalismus selbst durch die Zuführung veredelter innerer Kraft und Geschlossenheit ausgiebig ersparen, was er zunächst an allfernmäßigem Bestande einbüßen müßte.

Neueste Drahtmeldungen

vom 10. Februar.

Das verwaiste Präsidentenamt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die volksparteiliche „Soz. Stg.“ behauptet, daß die Linke bei der in vier Wochen stattfindenden definitiven Wahl des Reichstagspräsidenten Spahn befähigen und durch ein Mitglied des Großbunds ersetzen wollten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Angeblich wird in nationalliberalen Kreisen der Gedanke erwogen, ob es nicht ratsam sei, Herrn Spahn, falls er die Gründe seines Rücktritts nicht angebe, noch einmal die Präsidenschaft anzubieten. Wenn Spahn die Möglichkeit offen läßt, daß er auf das Präsidentenamt nicht wegen des sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten, sondern wegen der umfänglicheren Majorität verzicht habe, so müßte man ihm nach Ansicht der betreffenden Kreise den Beweis liefern, daß er sich auf eine große Majorität stützen könne.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die nationalliberale Reichstagsfraktion tritt am Montag vormittag zusammen, um über die notwendig werdende Wahl des Reichstagspräsidenten Bescheid zu fassen. Die „Nationalstg.“ gibt zu, daß die Gegner eines Präsidiums „von Bassermann bis Rebel“ nach wie vor ihre Bedenken aufrecht erhalten. Das Blatt zweifelt aber nicht, daß die Fraktionsführung am Montag die Verhandlung bringen werde. Ferner veröffentlicht das Blatt eine Zuschrift aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Danach sei die Fraktion von vornherein über zwei Grundfragen vollkommen einig gewesen: einmal darüber, daß sie sich zu einem Präsidium bei Rechten ablegend verhalten müsse und selbst in ein derartiges Präsidium einzutreten, nicht in der Lage wäre; zum zweiten, daß die Bildung eines Präsidiums aus den links vom Zentrum stehenden Parteien ebensoviele möglich wäre. Die nationalliberale Fraktion habe es von Anfang an einmütig abgelehnt, der sozialdemokratischen Fraktion irgendwelche bindende Erklärungen darüber abzugeben, wie sie selbst sich nach vollzogener Wahl eines nationalliberalen Präsidenten bei der Wahl der beiden Vizepräsidenten verhalten würde. Jegende eine Garantie, den sozialdemokratischen Kandidaten zum ersten Vizepräsidenten zu wählen, sei nicht übernommen, vielmehr ausdrücklich erklärt worden, daß hierfür keine Mehrheit in der Fraktion vorhanden sei; dagegen sei in beiden ersten Stellen bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten die nationalliberale Fraktion nahezu einmütig für den Sozialdemokraten stimmen werde. Nach der Wahl Spahns habe sich eine durchaus neue Situation ergeben. Da die rechtsstehenden Parteien als ersten Vizepräsidenten Herrn Dietrich, als zweiten Herrn Paasche zu wählen beabsichtigten, sei nunmehr die Gefahr eines Präsidiums der Rechten unter Einwirkung eines nationalliberalen Anhängels in greifbare Nähe getreten. Dieser Ausgang habe in erster Linie verhindert werden müssen, und die nationalliberale Fraktion habe sich nunmehr entschließen können, einen Sozialdemokraten zum ersten Vizepräsidenten zu wählen, weil durch die Wahl Spahns ein sogenanntes Großblock-Präsidium mit seiner ganzen Unmöglichkeit ausgeschlossen gewesen sei. Der Grundgedanke, daß bei der einmal reichsweiten Sachlage die Sozialdemokratie im Präsidium vertreten sein müsse, werde bei ruhiger Ueberlegung bestätigt werden können. Es entspreche schließlich dem Geiste der Billigkeit, wenn auch der Notwendigkeit, die numerisch stärkste Partei des Reichstages zu zwingen, an der Leitung der Geschäfte teilzunehmen und sich damit selbst für eine ordnungsmäßige Erledigung der Reichstagsgeschäfte einzusetzen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Deutsche Tagesstg.“ schreibt u. a.: „Die Sozialdemokraten haben bei der Präsidentenwahl den Abgeordneten Rebel nur deswegen gewählt, weil die Nationalliberalen sich nicht verpflichten konnten, einstimmig den Genossen Zehden zum ersten Vizepräsidenten zu wählen. Wäre diese Verpflichtung möglich gewesen, so hätten die Sozialdemokraten den Prinzen zu Schönaich-Carolath zum Präsidenten gewählt. Dann wäre dieser mit aller Wahrscheinlichkeit knapper Mehrheit Präsident des deutschen Reichstages geworden. Die Mehrheit der nationalliberalen Partei wäre gewiß diese Verpflichtung eingegangen, wenn nicht eine starke Minderheit unbedingt dagegen gewesen wäre. Was die fortschrittliche Volkspartei anlangt, so sind sowohl bei der endgültigen Abstimmung über die Wahl des Präsidenten, als auch bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten, ausnahmslos sämtliche fortschrittliche Stimmen für die beiden sozialdemokratischen Mandatäre Rebel und Zehdenmann abgegeben worden. Die Volkspartei kann es nunmehr wahrscheinlich keine Menschen verübeln, auch der Regierung nicht, wenn sie in Zukunft lediglich als Anhängel der revolutionären Sozialdemokratie behandelt wird. Sie scheidet eigenlich damit aus der Reihe der bürgerlichen Parteien aus. Die Parteien der Rechten haben durchaus folgerichtig gehandelt. Sie haben das Ziel verfolgt, womöglich die Wahl eines Sozialdemokraten in das Präsidium zu hindern und andererseits ein Präsidium zu schaffen, das eine gedehnte Arbeit des Reichstages einigermassen überhöre. Deshalb haben sie mit dem Zentrum gemeinsame

Hoffmann, Heffter & Co.,
Weine und Spirituosen.
DRESDEN-A.,
Ringstrasse 17.